

## Die Tatsache des Reichtums um den Preis der Armut

Julio de Santa Ana

## Quellen des heutigen Reichtums der Reichen

Im März 1967 veröffentlichte Paul VI. das Rundschreiben «Populorum Progressio». Dieses wurde von der öffentlichen Meinung mit der Genugtuung aufgenommen, die nur von Botschaften ausgelöst wird, denen es gelingt, die Erwartungen weiter Teile der Menschheit wiederzugeben. In diesem Dokument widerspiegelte sich der Geist derer, die in den Beziehungen zwischen den entwickelten und den unterentwickelten Ländern einen tiefgreifenden Wandel erhofften. Durch Förderung eines anhaltenden Wirtschaftswachstums könnten, so meinte man, Länder, die sich auf dem Weg der Entwicklung befinden, im Lauf einer nicht allzulangen Frist ein solches Niveau der Produktion, des Konsums und der Verteilung von Gütern erreichen, daß sie imstande sein sollten, die Armut mit allen ihren Folgen zu bekämpfen. Im Text Pauls VI. äußerte sich der Geist einer Epoche: jener Epoche, die dem ersten Jahrzehnt der von den Vereinten Nationen in die Wege geleiteten Entwicklung entsprach. In ihrem Verlauf begannen sich auch die Voraussetzungen zu einer «friedlichen Koexistenz» zwischen den Supermächten abzuzeichnen, die das Leben der Völker zu kontrollieren suchen.

Weniger als zwanzig Jahre später befinden wir uns in einer ganz anderen Situation als der, die «Populorum Progressio» entstehen sah. Viele

der «Hoffnungen» jener Zeiten erwiesen sich als bloße «Illusionen». Man braucht lediglich zu analysieren, welchen Wandel die Sprache derer, die sich mit den Entwicklungsproblemen der Völker befassen, durchgemacht hat, dann gewahrt man ohne weiteres, daß der Optimismus jener Zeiten zu einer behutsamen Übung wurde, auf die sich ein düsterer Pessimismus gelegt hat. Man braucht bloß ein einziges Beispiel anzuführen: Während der sechziger Jahre sprach fast niemand von der Lage der Armen. Die Armut erschien als eine Situation, der notwendigerweise ein Ende zu bereiten sei. Alles ließ annehmen, daß dies innerhalb einer mehr oder weniger kurzen Zeitspanne auch geschehen werde. Heute jedoch ist man allgemein der Ansicht, daß die Armut, statt zu verschwinden, noch zugenommen hat. Schon um die Mitte der siebziger Jahre begann man von der Beziehung zwischen den «reichen Ländern» und den «armen Ländern» zu sprechen. Fast gleichzeitig kam der Begriff «Vierte Welt» auf, um darauf hinzuweisen, daß es auch mitten im Wohlstand der reichen Länder Armutsinseln gibt. Später unterschied man zwischen «Ländern auf dem Weg der Entwicklung» und «weniger entwickelten Ländern», wobei man unter diesen letzteren diejenigen Länder versteht, in denen die Wirtschaftsindizes nicht über den Ziffern liegen, die gleichbedeutend sind mit harter, schmerzlicher Armut. All dies weist auf mindestens drei Sachverhalte hin:

1. Als man während der sechziger Jahre Berechnungen vornahm und Pläne zufertigte, die es als möglich erscheinen ließen, die Armut und das Elend in der Welt auszumerzen, bestanden Voraussetzungen, aufgrund derer man diese Planung vornehmen konnte. Sie basierten auf der Kenntnis der Gesamtproduktion der Welt, der Entwicklung, der Produktionskräfte und der Bedürfnisse der Bevölkerung des Planeten. Man dachte, das Problem lasse sich mit einigen Veränderungen an den Strukturen des internationalen Handels lösen. Infolgedessen erschien die «Entwicklung der Völker» machbar.

2. Diese Fehlsicht verband sich mit einer Fehleinschätzung der Dauerhaftigkeit von Strukturen, die sich im Lauf langer Zeit gebildet hatten und sich als äußerst stark und zu wenig biegsam erwiesen, als daß sie durch internationale Verträge und Abkommen sich hätten ändern lassen.

3. Dies besagt deshalb drittens, daß das Problem der Armut der Völker und ihrer Unterent-

wicklung eng mit der Form zusammenhängt, derentsprechend sich die wirtschaftliche und politische Macht strukturiert hat, und mit der Art und Weise, wie sie ausgeübt wird. Um diese Situation richtig zu begreifen, braucht es eine dynamische, geschichtliche Sicht, welche die Entwicklung der gesellschaftlichen Beziehungen und der Produktionsverhältnisse innerhalb jedes Volkes und zwischen den Völkern in Rechnung stellt.

*Die Beziehung zwischen der Herrschaftsausübung und dem Wirtschaftswachstum*

Celso Furtado, ein bekannter brasilianischer Wirtschaftstheoretiker, weist darauf hin, daß «seit dem Beginn der geschichtlichen Zeiten zwei Grundformen von Aneignung von Überschüssen nebeneinander bestanden zu haben scheinen. Auf der einen Seite haben wir das, was wir als die autoritäre Form bezeichnen können. Sie besteht darin, daß man einen Mehrertrag durch Zwang entzieht. Auf der anderen Seite steht die merkantile Form, worin man sich den Überschuß im Rahmen von Handelsaustauschen erschleicht.» Auf diese recht einfache und sehr direkte Weise versetzt uns Furtado mitten in den geschichtlichen Vorgang, der die Voraussetzungen erfassen läßt, aufgrund derer sich einige Völker zum Nachteil anderer wirtschaftlich bereichern konnten. Dies war namentlich bei denjenigen Nationen der Fall, die den Produktionszyklus in die Wege leiteten, den man heute als Kapitalismus kennt<sup>1</sup>.

Die autoritäre Form der Bereicherung kam in der Geschichte auf, als es einem Volk oder einer Gesellschaftsgruppe gelang, ein anderes Volk, eine andere Gruppe zu bezwingen und zu unterjochen. Sie tritt aber auch zutage in der Herrschaft über fruchtbare Ländereien oder darin, daß man von Machtstellungen aus Tribute auferlegt. Die merkantile Form hingegen ergibt sich nicht nur aus Handelsprozessen, sondern hängt allgemein mit einer Produktivitätserhöhung zusammen. Wer die Produktion und die Marktmechanismen (im allgemeinen hängen beide eng zusammen) in der Hand hat, vermag sich deshalb den Überschuß anzueignen, der sich durch die Fortpflanzung des Lebens ergibt.

Deshalb ist auch darauf hinzuweisen, daß dann, wenn sich die Gesellschaften unter normalen menschlichen Umständen fortpflanzen (d. h.

nicht von Naturkatastrophen, z. B. Dürre, Erdbeben oder Überschwemmungen usw.) betroffen werden oder von Katastrophen, die von den Menschen selbst herbeigeführt werden (wie z. B. die Kriege mit ihren gesellschaftlichen Folgen), sie im allgemeinen bestrebt sind, vermittels der Produktion nicht nur den Lebensunterhalt zu sichern, sondern daß sie stets auch mehr Leben erzeugen. Dieses Leben, das wächst, und die Bedingungen, die es zu erhalten ermöglichen, stellen den Überschuß dar. Dessen Aneignung ist das Hauptmotiv von Eroberungen, Kreuzzügen, Kriegen gewesen, so wie heute des Bestrebens, Märkte zu kontrollieren.

Wenn man gewahrt, daß der Bereicherungsprozeß auf diese Weise mit der Eroberung und Beherrschung von Märkten zusammenhängt, kann man verstehen, wie es bestimmten Völkern des Planeten möglich gewesen ist, das Wirtschaftspotential anzuhäufen, über das sie gegenwärtig verfügen. Mit anderen Worten: Es ist offensichtlich, daß das Wirtschaftswachstum der westlichen Völker mit ihren kolonialen Unternehmungen zusammenhängt, mit der Ausplünderung, der die heute als unterentwickelt und arm angesehen Länder unterworfen waren. Das will nicht heißen, daß es den Nationen, die man heute als industriell entwickelt ansieht, gelungen sei, rationale Arbeits- und Produktionsweisen zu bilden, in denen die Disziplin des Arbeiters eine grundlegende Komponente ist, um eine hohe Produktivität zu erreichen. Wohlverstanden: Sie erfordert weitere Voraussetzungen, vor allem die Anhäufung von Kapital<sup>2</sup>. Eben diese Aneignung des Überschusses durch die Kombination der Eroberung, der Kolonialherrschaft und der Marktkontrolle auf Weltebene ließ die Schaffung eines Potentials zu, das einen großen qualitativen Sprung der kapitalistischen Produktion durch die Industrierevolution ermöglicht hat. Darin tritt somit zutage, daß die Akkumulationsprozesse nicht einzig und allein mit wirtschaftlichen Faktoren zusammen hängen; sie spielen eine sehr wichtige Rolle in bezug auf die Elemente, die von gewaltiger politischer Bedeutung sind. Von dieser Feststellung her dürfen wir behaupten, daß die Anhäufung von Reichtum und Macht von seiten derjenigen Länder, welche die höchsten Raten des Wirtschaftswachstums erreicht haben, im allgemeinen auf Herrschaftsprozessen beruhte, die zur gleichen Zeit, in der sie den Eroberernationen Reichtum verschafften, für die unterjochten Völker Armutsverhältnisse schufen.

Deswegen ist zu sagen, daß Entwicklung und Unterentwicklung zwei Kehrseiten ein und derselben Medaille sind.

Zwar ist noch darauf hinzuweisen, daß sich das Problem nicht nur innerhalb der weiter oben angegebenen Parameter stellt. Die koloniale Ausbeutung war gleichbedeutend mit dem Reichtum einiger und dem Elend und dem Tod anderer. Sie entfesselte in den Eroberern einen ungezügelten Willen, die Eroberten zu unterdrücken. In Amerika z. B. führte die Ankunft der Spanier zu einem tiefen Umbruch der einheimischen Ordnung, die in jenem Moment in diesen Ländern herrschte. Gewiß gab es in der Organisation der einheimischen Gesellschaften auch ungerechte Seiten, doch stehen diese in keinem Vergleich zu der Gewaltherrschaft, die von den Iberern auferlegt wurde. Durch das Regime der *encomiendas* gelang es den Spaniern, die Territorien und die darauf lebenden Menschen zu verwalten. Sie suchten, möglichst hohe Produktionsniveaus zu erreichen, wobei es ihnen gleichgültig war, wie das zustande kam und welche Folgen es hatte. Dies führte in der Praxis zu einer Auslöschung der Bevölkerung. Man zwang die Eingeborenen, über ihre Kräfte zu arbeiten, was ihre Widerstandskraft schwächte. So kam es in der Region von Mexiko und Mittelamerika in wenigen Jahrzehnten zu einem regelrechten Völkermord. Die Zahl der Eingeborenen, die bei der Ankunft der Spanier im Lande wohnten, war nach sechs, sieben Jahrzehnten auf kaum noch ein Zehntel gesunken.

Weil man so der einheimischen Arbeitskräfte beraubt war, behelfen sich die Kolonisatoren damit, daß sie Sklaven als Arbeitskräfte importierten. Der Sklavenhandel bestand schon. Doch seit dem 16. Jahrhundert und bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts bildeten sich Kanäle, die beständig von Schiffen durchfahren wurden, welche Frachten von Männern und Frauen von den Küsten Angolas, Dahomeys und andern Gegenden Afrikas zu den Kolonien brachten, welche die europäischen Länder in den Ländern Amerikas geschaffen hatten. Dieser «Negerhandel» ist eine der gemeinsten Formen der Ausbeutung des Menschen gewesen. Wie viele Afrikaner so zu den Küsten Amerikas verfrachtet wurden, wird niemand genau angeben können. Doch wenn man sich die Kolonialstatistiken vor Augen hält und vor allem auch den Umstand, daß wegen der schrecklichen Verhältnisse, unter denen die Schwarzen beim Transport in den Laderäumen

der Schiffe schmachten mußten, viele die Ankunft nicht erlebten, läßt sich die Berechnung anstellen, daß es einige Dutzend Millionen Afrikaner waren, die diesen Schmach zu erleiden hatten.

Die Arbeitsbedingungen, die man ihnen nach der Ankunft in Amerika auferlegte, waren äußerst schlimm. Mit dieser im 16. Jahrhundert anhebenden Versklavung, die unerbittlich zur Ausbeutung der Arbeitskraft der Schwarzen führte, begann deren Diskriminierung. Von da an ließ sich das Dasein des Schwarzen nicht mehr unter Absehen vom Kapital und von der Produktion denken. Man betrachtete ihn als einen Produktions- und Gewinnfaktor. Und so wie man die Eingeborenen zu den Minen schleppte, in denen sie ihr Leben lassen mußten, kamen die Schwarzen um alles, was sie hatten, damit sich die auf Macht und Reichtum versessenen Kolonialherren bereichern konnten. Auf diese Weise begannen sich in Amerika die Gesellschaftsschichten zu bilden. In Nord-, Mittel- und Südamerika stellen die Eingeborenen und Schwarzen noch bis heute diejenigen Gesellschaftsgruppen dar, denen im Leben offensichtlich keine großen Chancen offenstehen. Das ist ein Erbe der Kolonialherrschaft, das in den meisten Gesellschaften der amerikanischen Hemisphäre unaustilgbar fortbesteht.

Für die Nationen, welche die politische und kommerzielle Herrschaft anstrebten, war die Kolonialherrschaft geschichtlich eine beständige Notwendigkeit. Ohne die Erzeugnisse, die man den Kolonien zu sehr geringen Gesteungskosten abgewann, hätte man die Lebensverhältnisse der eigenen Völker nicht verbessern können. Und, was noch wichtiger ist, es hätten nicht die Voraussetzungen zur Entfaltung der eigenen Macht bestanden. Selbstverständlich genügte das noch nicht. Man mußte auch die möglichen Konkurrenten ausschalten und deswegen deren Industrialisierung verhindern. Dazu wandte man Gewaltmittel an, die zur Zerstörung der vorhandenen Produktionskräfte führten. Und überdies übten diese Mächte die Kontrolle über den Handel aus, was es ihnen ermöglichte, ihre Erzeugnisse auf den Kolonialmärkten abzusetzen. Dieser Herrschaftstypus hatte klare kulturelle Folgen, die heute noch ersichtlich sind. «Die rasche Ausbreitung des Handels hatte ihr Antriebselement in der Produktivitätsvermehrung in den Zonen, in welche die kapitalistische Produktionsweise eindrang. Und es waren die aus den

Änderungen in den Produktionsformen hervor-  
gehenden neuen Erzeugnisse, die als Lanzenspitze  
dienten, um die neuen Handelslinien zu öff-  
nen. Aus diesem Kontakt zwischen einer auf  
Expansion und Innovation ausgehenden Zivilisa-  
tion und anderen, traditionell ausgerichteten Zi-  
vilisationen kam es zu einer Herrschaft jener  
Zivilisationen über die letzteren, die bestrebt sein  
mußten, die Konsummodelle der kapitalisti-  
schen Zivilisation zu reproduzieren. Die Erklä-  
rung für diesen Prozeß ist in vielen Faktoren zu  
suchen, doch darf man auf alle Fälle nicht außer  
acht lassen, daß die Zivilisation, die sich als erste  
auf die kapitalistische Produktionsweise stützte,  
auf einem rascheren Akkumulationsprozeß  
gründete, was u. a. dazu führte, daß sie den  
Warenaustausch und damit ihre Erzeugnisse mit  
Gewalt aufzwingen konnte. Kurz, die Bildung  
eines Systems internationaler Arbeitsteilung be-  
stand nicht nur in der Eröffnung neuer Handels-  
linien, sondern auch und vor allem im Aufzwin-  
gen von Zivilisationsmodellen.»<sup>3</sup>

Die Zerstörung ansässiger Industrien bei den  
kolonialisierten Völkern zwang diese, zu Roh-  
stofflieferanten für die über sie herrschenden  
Länder zu werden. Dies führte zu ihrer Verarmung.  
Dennoch wurde diese von der Mehrheit der  
Arbeiter der kolonisierenden Länder geteilt.  
Obwohl sich für diese am Ende des 19. Jahrhun-  
derts die Situation zu bessern begann, darf man  
nicht vergessen, daß nach dem Krieg von  
1914–1918 verschiedene europäische Nationen  
schwere Krisenzeiten durchmachten. Das war  
während der Periode von 1928–1932 allgemein  
der Fall. Während dieser Jahre der «Weltwirt-  
schaftskrise» wurden die Industrie- und Land-  
arbeiter Europas und Nordamerikas in schlim-  
me, ärmliche Verhältnisse zurückgeworfen.  
Doch darf man nicht vergessen, daß hauptsäch-  
lich die Völker Afrikas, Lateinamerikas und  
Asiens von dieser Situation betroffen waren.

Die Krise, die am Ende der zwanziger Jahre  
und zu Beginn der dreißiger Jahre den Kapitalis-  
mus traf, war der Hauptfaktor für den Weltkon-  
flikt von 1939–1945. Die Mittel, die man zu ihrer  
Überwindung anwandte, waren mit behilflich,  
die größte Konfrontation der Menschheitsge-  
schichte in die Wege zu leiten. Im Bewußtsein,  
daß die in der Weltwirtschaft herbeigeführten  
Korrekturen nicht genügt hatten, um dem Ver-  
lust des wirtschaftlichen Gleichgewichts entge-  
genzuwirken, hielten es deshalb die Staatsmän-  
ner und Wirtschaftsfachleute für notwendig, eine

neue internationale Wirtschaftsordnung zu  
schaffen. 1944, kurz vor dem Ende des Weltkrie-  
ges, wurden auf der Versammlung von Bretton  
Woods (USA) die Grundlagen dazu gelegt. Lei-  
der war die Wirtschaftsordnung von Bretton  
Woods nicht behilflich, das Armutsproblem zu  
lösen, sondern hat es im Gegenteil verschlim-  
mert.

### *Die jetzige internationale Wirtschaftsordnung*

Zugegeben: Die in Bretton Woods Versammel-  
ten vollbrachten eine eigentliche Großtat. Sie  
hatten eine gewaltige Katastrophe erlebt und  
dachten sich, damit sich eine solche in der Ge-  
schichte nicht wieder ereigne, Bedingungen aus,  
die es ermöglichen sollten, die Stabilität des  
internationalen Handels und der für ihn notwen-  
digen Märkte herbeizuführen. Deswegen forder-  
ten sie eine Reihe von Maßnahmen, damit die  
Menschheit wieder im Frieden leben könne. Eine  
von ihnen war die, einen großen internationalen  
Markt zu schaffen, auf dem der freie Handel  
existieren könnte, ohne daß protektionistische  
Schranken seine Entwicklung behindern wür-  
den. Freier Handel heißt freier Markt, was  
gleichzeitig auch den freien Austausch erfordert.  
Deshalb war es notwendig, dem Dasein von  
Konkurrenzflächen ein Ende zu machen, auf  
denen die Produktion Gefahr laufen könnte, im  
Überfluß zu ersticken und keinen geeigneten  
Abfluß auf den Markt zu haben, wie das in den  
Jahren vor 1928 der Fall gewesen war. Man  
mußte das Nebeneinanderbestehen von paralle-  
len Handelsräumen vermeiden: Dollarraum,  
Pfundraum, Frankenraum usw. In Bretton  
Woods wurde ein weites, starkes System des  
freien Handels geschaffen. Damit kam es zu der  
(unserem Jahrhundert angepaßten) Rückkehr  
der Wirtschaftstheorien von Adam Smith. Zwar  
gingen die Westmächte, die auf dieser Versamm-  
lung so oder so die einflußreichste Rolle spielten,  
mit diesem Prinzip nicht ganz einig. Was heraus-  
kam, war, wie der Bericht der Brandt-Kommis-  
sion treffend sagt, «eine Verbindung von Keynes  
für den Hausgebrauch und von Adam Smith für  
den Außenbereich»<sup>4</sup>.

Um die Entwicklung dieser Wirtschaftsord-  
nung zu sichern, schuf man zwei Institutionen,  
die im Lauf der weltwirtschaftlichen Ereignisse  
bis heute eine vorwiegende Rolle spielen. Es sind  
dies die Internationale Bank für Wiederaufbau  
und Entwicklung (IBRD), allgemein unter dem

Namen «Weltbank» bekannt, und der Internationale Währungsfonds (IWF). Durch ihre Operationen ist es diesen beiden Organen nach und nach gelungen, die meisten Länder des Planeten (incl. einige mit sozialistischer Wirtschaft) zu bewegen, in den Rahmen des in Bretton Woods geschaffenen Systems einzutreten. Damals waren nicht mehr als fünfzig Länder dort vertreten. Heute sind jedoch mehr als hundertzwanzig mit der Weltbank und dem IWF in Beziehung. Die Form, wie diese Entwicklung vor sich ging, hing mit den Bedürfnissen des Wirtschaftswachstums der peripheren Länder und derjenigen neuen Nationen zusammen, die durch den Entkolonialisierungsprozeß der fünfziger und sechziger Jahre zur Unabhängigkeit gelangten. Alle diese Länder hatten in diesem oder jenem Zeitpunkt internationale Kredite notwendig. Darum gelangten sie an die Weltbank. Diese ist nur dann stets zur Gewährung von Krediten bereit, wenn die Länder, die um solche nachsuchen, beweisen, daß ihre Wirtschaftstätigkeit sich an die Normen hält, die bei der Versammlung von Bretton Woods vereinbart worden sind. Das Urteil darüber wird durch den IWF gegeben, der mit den Ländern, die um Geld ersuchen, in Kontakt tritt und Mittel vorschlägt, die diese Länder nach und nach in die Rahmen des Systems hineinbringen. Die berüchtigten Absichtserklärungen geben der Annahme des großen Systems des internationalen Freihandels konkrete Form. Darin erklären sich die betreffenden Länder bereit, von diesem Zeitpunkt an ihre Wirtschaften gemäß den Richtlinien des IWF und des IBRD zu organisieren.

Die Länder, die 1944 in Bretton Woods vertreten waren, gehörten dem kapitalistischen Kreis an. Die UdSSR blieb dieser Versammlung fern. Zwar sind wohl seitdem eine Anzahl sozialistischer Länder (Rumänien, Ungarn, China usw.) dem System beigetreten, doch bestehen keine Zweifel, daß die allgemeine Ausrichtung der Abkommen die Entwicklung des Weltkapitalismus anstrebt. Diese war von 1945 an bis heute beeindruckend. Man hat in der Weltgeschichte noch nie eine solche Expansion erlebt, wie sie in den letzten vierzig Jahren stattgefunden hat. Noch nie hat man ein solches Wirtschaftswachstum beobachtet, wie es in den letzten vierzig Jahren Gestalt angenommen hat. Gleichzeitig ist jedoch noch nie der Reichtum in so hohem Maße in wenigen Händen konzentriert worden, während gleichzeitig die Armut vieler zunimmt. Die von der Versammlung von Bretton Woods erlas-

senen Richtlinien führten zu einer Sonderentwicklung des Kapitalismus, die man als einen «Prozeß der Internationalisierung des Kapitals und der Arbeit» charakterisiert hat. Nicht nur beschleunigt sich auf Weltebene die Expansion des Kapitals, sondern dieses hat auch zum Hauptinstrument einen neuen, mächtigen wirtschaftlichen Faktor: die multinationalen Unternehmen. Die Ausdehnung des Kapitals auf Weltebene – rasche Zunahme des Fremdkapitals in den unterentwickelten Ländern – war von der internationalen Konzentration und Zentralisation des Kapitals begleitet. Diese Konzentration und Zentralisation geschieht in horizontaler Richtung (ein einziger Wirtschaftssektor) wie auch in vertikaler Richtung (*input* = für das Endprodukt eingesetzte Produktionsmittel) und in einer transsektorialen Richtung.

«Die internationale Konzentration und Zentralisation des Kapitals schaffen im ungleichen Entwicklungsprozeß einen neuen Faktor: die multinationale Unternehmung, diese Form des individuellen Kapitals, die sich kraft der Weltproduktion fortpflanzt. Dies ist die Phase der realen und nicht bloß formellen Schaffung des Weltmarktes – des Marktes der Konsumgüter, des Kapitals und der Arbeit. Gleichzeitig führt die internationale Arbeitsteilung dazu, daß die verfügbaren Arbeitskräfte weltweit wie Unterabteilungen innerhalb umfassender internationaler Unternehmen betrachtet werden (...). Für das international konzentrierte und zentralisierte Kapital ist die Welt zu einem ununterbrochenen Kontinuum geworden nicht nur in bezug auf den Verkauf der Erzeugnisse, sondern auch in bezug auf den Kauf der Produktionsfaktoren.»<sup>5</sup>

Durch die Operationen des internationalen Kapitals, dessen Ursprung und Hauptstärke in den industriell entwickelten Ländern des Nordens liegen, spitzte sich der Prozeß zu, worin der von den Ländern des Südens produzierte Überschuß von denen angeeignet wird, die das kapitalistische Produktionssystem kontrollieren. Obwohl im Verlauf der letzten vierzig Jahre die Produktion der unterentwickelten Länder gewaltig zunahm, trug diese nicht wesentlich zu deren Entwicklung bei. Wir stehen vor paradoxen Situationen: In den Ländern Afrikas z. B. hat die Produktion von Nahrungsmitteln unerhörte Ausmaße erreicht, und doch müssen die meisten afrikanischen Länder sich heute mit dem Problem des Hungers befassen, was in der Vergangenheit im allgemeinen nicht der Fall war.

Die Verarmung des Südens war von einem Anwachsen des Wohlstands im Norden begleitet. Zum ersten Mal in der Geschichte hat die Mehrheit der Bevölkerung Europas, Japans und Nordamerikas die Armut besiegt und lebt in großem Wohlstand<sup>6</sup>. Dies bemerkt man, wenn man die Möglichkeiten der Völker des Nordens und des Südens, Zugang zu den Konsumgütern zu haben, miteinander vergleicht. Schon 1972 wies Rudolf Strahm nach, daß der Jahreskonsum eines Schweizers gleich hoch ist wie der von zweiundzwanzig Bewohnern Indiens und von vierzig Somaliern.

Diese Kluft ist noch schlimmer, wenn man berücksichtigt, daß die Bevölkerung der USA, die nicht mehr als sechs Prozent der Bewohner der Erde ausmacht, jährlich um die vierzig Prozent der Erzeugnisse des Planeten verbraucht. Diese Ungleichheit in der Verteilung der Erzeugnisse ist der beste Beweis dafür, daß die in Bretton Woods vereinbarte internationale Wirtschaftsordnung nicht dazu dient, die Armut unserer Gesellschaften auszurotten. Sie trug wohl für den Norden dazu bei, während sich im Süden die Lage leider verschlimmerte.

### *Die Ungerechtigkeit des internationalen Handelssystems*

Wie weiter oben aufgezeigt wurde, herrschte vor zwanzig Jahren die Atmosphäre eines eindeutigen Optimismus vor. Man konstatierte zwar, daß die Situation schwierig sei, war sich aber nicht im gleichen Maß wie heute der Hindernisse bewußt, die einer Änderung der geschilderten Verhältnisse im Wege stehen. Wir erwähnen in diesem Sinn die Enzyklika «Populorum Progressio». Damit stimmt das Gutachten der Weltkonferenz für Kirche und Gesellschaft überein, die der Weltrat der Kirchen 1966 in Genf organisierte. Außerhalb des Kreises der Kirchen scheint dieser Optimismus noch stärker gewesen zu sein. Man braucht bloß daran zu erinnern, daß die UNO beschloß, die sechziger Jahre zum «Jahrzehnt der Entwicklung» zu machen. Im Lauf dieser Jahre wurden verschiedene regionale Wirtschaftskonferenzen veranstaltet bis hin zur 1. Weltkonferenz über Handel und Entwicklung (UNCTAD I), die zwischen März und Mai 1964 in Genf stattfand. Man meinte, die von der internationalen Gemeinschaft organisierten und überwachten Programme könnten dazu beitra-

gen, dem Elend und der Armut nach und nach ein Ende zu machen. Deswegen hielt man die internationale Hilfe für ein höchst wichtiges Instrument. So beschloß man, die UNCTAD zu schaffen im Sinn einer «Organisation, die zur Aufgabe hat, die Verhandlungen zu führen und über die Aktionsprogramme zu entscheiden»<sup>7</sup>.

Leider bewiesen die Tatsachen, daß diese Hoffnungen wirklichkeitsfern waren. Man stellte bald fest, daß die internationale Hilfe nicht so umfangreich und erst recht nicht so großzügig war, wie man gehofft hatte. Im Rahmen der UNCTAD war es schwierig, Vereinbarungen zu treffen, die den Rohstoffe exportierenden Ländern behilflich gewesen wären. Diese begannen deshalb einen Block zu bilden, der ihnen als Instrument dienen sollte, um ihre Anliegen zu verwirklichen. Sie kamen 1965 in Argelia zusammen und erarbeiteten ein Dokument. Wie es darin heißt, sind sie sich klargeworden, «daß jedes echte Anstreben der Entwicklung von ihnen selber ausgehen muß. Nur auf der Basis einer bestimmten eigenen Anstrengung wird es gelingen, in der Formulierung internationaler politischer Maßnahmen, die dem gegenseitigen Wohl dienen, eine konstruktive Rolle auszuüben»<sup>8</sup>.

Schon um die Mitte der sechziger Jahre begann sich für die Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas zu zeigen, daß der Kampf gegen die Bedingungen, welche Armut erzeugen, über den Weg der Schaffung einer neuen Situation führe, die es ihnen ermöglichen würde, die Entwicklung aus eigener Kraft herbeizuführen. Unglückseligerweise konnte dies nicht zur Wirklichkeit werden. Um solche Bedingungen zu erzeugen, hätten nämlich die Primärprodukte ihren Wert behalten müssen. Statt dessen kam es zu einer «Verschlechterung der Austauschrelationen». Dieser Prozeß zum Nachteil der Länder, die sich vor allem der Hervorbringung von Rohstoffen widmen, ergab sich und ergibt sich weiterhin aus zwei Faktoren. Erstens sinkt der Preis der Rohstoffe gegenüber dem Preis der in den industrialisierten Ländern hergestellten Erzeugnisse. Beispielsweise mußte man 1960 in Birma vier Tonnen Kautschuk erzeugen, um einen Jeep kaufen zu können. Zehn Jahre später belief sich der Preis eines Jeep auf den von zehn Tonnen Kautschuk. Wie Raul Prebisch, der erste Generalsekretär der UNCTAD, aufgezeigt hat, herrscht diese Tendenz seit dem Ende des letzten Jahrhunderts. Die unterentwickelten Länder müssen also immer mehr produzieren, um die gleiche Menge von

verarbeiteten Produkten importieren zu können. Es kommt somit zu einem beständigen Kaufkraftsverlust der wirtschaftlich unterentwickelten Länder<sup>9</sup>.

Zu dieser Verschlechterung kommt es jedoch auch auf einer zweiten Ebene. Nicht nur sinken die Preise der Rohstoffe, die von den unterentwickelten Ländern geliefert werden, gegenüber dem Preis der von den hochindustrialisierten Ländern hergestellten Waren, sondern auch der Umfang des Handelsverkehrs begünstigt zum Nachteil jener diese letzteren. Dies stellt man fest, wenn man die Ausdehnung des Handels der entwickelten Länder mit dem Umfang des Handels der Rohstoffproduzenten vergleicht: «Die Handelsbilanz zwischen den beiden Ländergruppen hat sich für die Dritte Welt verschlechtert<sup>10</sup>. Folglich kam ein bedeutender Teil des Reichtums der industrialisierten Länder durch dieses Ungleichgewicht im Handel zustande.

Größerer Reichtum bedeutet aber auch größere Macht. In einem Moment der Geschichte, wo die einstigen Kolonien zu ihrer politischen Unabhängigkeit gelangten, mußten diese Länder angesichts der Probleme, die wir vorgelegt haben, einsehen, daß sich ihre wirtschaftliche Abhängigkeit verschlimmerte. Das wurde von Kwame Nkrumah, dem Ex-Präsidenten von Ghana, als «Neokolonialismus» bezeichnet<sup>11</sup>.

Die neokolonialistische Politik geht im Grunde genommen darauf aus, zu verhindern, daß die neuen unabhängigen Länder ihre politische Unabhängigkeit konsolidieren können. Man will sie so wirtschaftlich abhängig und im Machtkreis des Systems des Weltkapitalismus behalten. Im Fall des reinen Neokolonialismus bestehen die Zuteilung von Wirtschaftshilfen, das Investitionsbestreben, die gesetzlichen und ideologischen Strukturen und weitere Züge der alten Gesellschaft unverändert weiter, nur ist der «innere Kolonialismus» an die Stelle des «formellen Kolonialismus» getreten und die Macht von den einstigen Kolonialherren auf örtliche Herrschaftsklassen übergegangen.

«In dieser Situation muß die Unabhängigkeit unter Bedingungen erreicht werden, die den Grundbedürfnissen der Gesellschaft nicht entsprechen, und stellt sie eine teilweise Dementierung der echten Souveränität dar und eine teilweise Fortsetzung der Spaltung innerhalb der Gesellschaft. Der wichtigste Teil der Theorie des Neo-Kolonialismus ist demgemäß die Theorie des Wirtschafts imperialismus.»<sup>12</sup>

Die Ungerechtigkeit des herrschenden Systems des internationalen Handels besteht darin, daß für eine Minderheit der Menschheit Reichtum und Macht, gleichzeitig aber für die große Mehrheit des Planeten Armut und Abhängigkeit erzeugt werden. Die Geschichte beweist, daß dieser Prozeß das Ergebnis einer jahrhundertelangen Entwicklung ist, in deren Verlauf das Phänomen der internationalen Herrschaft, der Imperialismus, vorhanden gewesen ist und weiterhin bleibt.

### *Ein neues Anziehen der Schraube*

Die Rohstoffe gewinnenden Länder des armen Südens suchten in den letzten fünfzehn Jahren auf verschiedene Weisen, aus dieser Situation der Armut und Unterworfenheit herauszukommen. Während einiger Zeit war die Gemeinschaft der Nationen der Ansicht, das beste Instrument, um diese Verhältnisse überwinden zu können, sei die internationale Hilfe. In Entsprechung zum Marshall-Plan, der zum Wiederaufbau Westeuropas entscheidend beitrug, arbeitete man Unterstützungspläne aus und bot man Beihilfen an, um zur Entwicklung der Länder Afrikas, Asiens, Lateinamerikas usw. beizutragen. Schließlich mußte man jedoch einsehen, daß es keine desinteressierte internationale Hilfe gibt. Theresa Hayter zitiert den Präsidenten der USA, John F. Kennedy, der 1961 gesagt hat: «(...) Die Hilfe nach außen ist eine Methode, kraft derer die Vereinigten Staaten auf der ganzen Welt eine Position des Einflusses und der Kontrolle aufrechterhalten, und unterstützt eine beträchtliche Anzahl von Ländern, die sonst endgültig zusammenbrechen oder zum kommunistischen Block übergehen würden.»<sup>13</sup> Wenn man insbesondere die finanziellen Aspekte, die diese Hilfe aufweist, beachtet, kann man allgemein sagen, daß die Hilfe, welche die reichen Länder den unterentwickelten Ländern zukommen lassen, durch die Verschlechterung der Austauschrelationen rückgängig gemacht wird.

Einige Rohstoffproduzenten versuchten deshalb gegen Ende der sechziger und zu Beginn der siebziger Jahre, Produzentenvereinigungen zu organisieren, um den Wert der Güter, die sie auf den Markt bringen, zu schützen. Der bekannteste Versuch in dieser Richtung war der der OPEC (Organisation der ölexportierenden Länder). Die Erfahrung, die sie während der letzten fünfzehn Jahre machten, zeigt, daß sich wohl

bessere Marktpreise erreichen lassen, daß aber die erzielten Gewinne nicht notwendigerweise im eigenen Produktionsland angelegt werden. Die Anziehungskraft, welche die von den Investitionsmöglichkeiten in den reichen Ländern gebotene Sicherheit auf diese Kapitalien ausübt, ist leider stärker als das Vertrauen in die Lage der eigenen Nation. Deswegen ruft der schon bestehende Reichtum weiterem Reichtum, was zur Folge hat, daß die Armen arm bleiben und sich keine konkreten neuen Lebenshoffnungen machen können.

Dennoch liegt in Bestrebungen wie der der OPEC oder der nicht zustandegewordenen Organisation kupferexportierender Länder (die nicht zustandekommen konnte, weil kurz vor ihrer endgültigen Gründung der Staatsstreich gegen die Regierung Allende in Chile erfolgte) ein nicht gering zu wertendes Potential. Als die OPEC ihre Positionen vertrat und auf dem internationalen Markt die Rohölpreise anhub, sahen sich die Länder zu strengen Anpassungen ihrer Wirtschaft gezwungen, um einer neuen Situation gewachsen zu sein, in der sie nicht mehr mit sehr billigen Energiequellen rechnen konnten.

In diesem Zusammenhang faßte Präsident Nixon im August 1971 den Entschluß, den Finanzsekretär der USA zu beauftragen, die geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um die nordamerikanische Währung zu verteidigen. Er forderte den Senator Conolly auf, die Konvertibilität des Dollars in Gold zeitweilig aufzuheben. Von da an bis jetzt gilt die Bestimmung, daß jeder Dollar dem Wert einer bestimmten Menge Gold zu entsprechen habe, nicht mehr. Auf diese Weise hatten die USA das geeignete Mittel in der Hand, um weiterhin Dollars zu drucken und so ihre Ölrechnung begleichen zu können. Diese Devisenmasse wurde in die erdölproduzierenden Länder gesandt und trug dazu bei, das (unbestimmt) große Volumen von Petrodollars zu schaffen. Diese Maßnahme brachte in den Markt eine große Instabilität. Die Masse von Petrodollars begann sich mit der der Eurodollars zu summieren, die in Europa angehäuft wurden dank den Salären der nordamerikanischen Soldaten, die seit Kriegsende in den Militärbasen der USA in den Ländern der NATO Dienst leisteten. Einerseits verminderte dies den Wert der nordamerikanischen Währung und auch den der nordamerikanischen Erzeugnisse, so daß diese auf dem internationalen Markt wettbewerbsfähiger wurden. Andererseits jedoch löste dies unter den

Kapitalisten und den Regierungen der Länder der Dritten Welt eine Welle der Nachfrage nach Dollars aus. Der Dollar war billig, blieb aber eine starke Währung. Man mußte sich unbedingt Dollars verschaffen.

Ein wenig später, zwischen 1973 und 1975, begannen diejenigen, die die Kontrolle über die internationalen Finanzen in den Händen haben und die so gewaltigen Dollarmengen verwalten, dieses «billige» Geld anzubieten, indem sie argumentierten, eine Geldschuld sei nicht unbedingt etwas, das die Entwicklung behindern könne. Man sagte deshalb: «Die Entwicklung besteht in der Verwaltung der Schuld.» Viele Länder der Dritten Welt gingen folglich enorme Verschuldungen ein, die während mehrerer Jahrzehnte auf ihrer Zukunft als Hypothek lasten werden. «Die totale äußere Verschuldung der unterentwickelten Länder beschleunigte sich seit Beginn der siebziger Jahre sehr stark. Dem «World Financial Markets» des Morgan Guaranty Trust zufolge waren die unterentwickelten Länder auf dem Eurokreditmarkt 1970 an 9,3% der Operationen beteiligt, zwischen 1971 und 1974 an 30% pro Jahr und zwischen 1973 und 1977 an 51,2% pro Jahr. Nach den jüngsten Informationen beträgt diese Beteiligung im Jahre 1979 57,4%.»<sup>14</sup>

Kurz, die Dollarkrise war von einer klaren Gefährdung des privaten internationalen Finanzsystems begleitet. In diesem Vorgang spielen die unterentwickelten Länder eine entscheidende Rolle, und zwar aus mehreren Gründen: Erstens wegen des Wachstumsrhythmus ihrer Anleihen beim System. Zweitens wegen der relativ hohen Kosten des Schuldendienstes dieser Länder im Vergleich zu den Einnahmen aus ihren Exporten. Drittens deswegen, weil diese Anleihen auf wenige Länder konzentriert sind, die auf einer mittleren Stufe der Entwicklung stehen, jedoch große Zukunftschancen haben (Brasilien, Mexiko, die Philippinen, Zaire usw.).

Die Schuldenlast drückte die meisten Länder der Dritten Welt. Offensichtlich ist nicht an eine Rückzahlung der Kapitalschuld zu denken. Es ist schon viel, wenn überhaupt die Zinsen bezahlt werden, was nur unter gewaltigen Opfern für die Bevölkerung der verschuldeten Länder möglich ist. Um dem Schuldendienst nachzukommen, muß einerseits so viel wie möglich exportiert werden, was bedingt, daß man auf dem Markt mit sehr günstigen Preisen auftreten muß. Deswegen zahlt man an die Arbeiter, deren Lebensmöglichkeiten so vermindert werden, sehr nie-

drige Löhne aus. Und um ein Anwachsen der Schuld zu verhüten, sehen sich andererseits die unterentwickelten Länder verpflichtet, ihre Einfuhren stark einzuschränken, was ihre Entwicklungsmöglichkeiten vermindert. Man kann sagen, daß die Masse der Industrie- und Landarbeiter von Ländern wie Brasilien, Argentinien, Mexiko, die Philippinen, die Elfenbeinküste usw. heute im Grunde dazu arbeitet, um den Reichen behilflich zu sein, besser zu leben, um die Reichen zu unterstützen. Die «Entwicklung» der Armen ist nahezu zu einer Frage des Überlebens geworden.

Diese Situation verschlimmerte sich aufs äußerste, als zwischen 1980 und 1984 die von den Banken geforderten Schuldzinsen überraschend stiegen. Bis 1978/79 fluktuierte der Zins, den die privaten Banken des Nordens forderten, zwischen 6 und 8% jährlich. Gegen Ende 1979 aber erhöhte er sich plötzlich bis auf 20% und hielt sich während mehrerer Jahre auf ca. 15%. 1984 begann er bis auf schließlich 9,5% zu sinken (was sicherlich mehr ist als der für «normal» angesehene Zins). Allein für Lateinamerika (die am meisten verschuldete Region der Dritten Welt) betragen nach den Angaben von Arne Clausen, dem Präsidenten der Weltbank selbst, die Zinsleistungen an die internationalen privaten Banken eine Summe, die in einer Periode von nicht mehr als fünf Jahren um die 175 Millionen Dol-

lars ausmachte<sup>15</sup>. Dieser internationale Wucher dient dazu, die Sicherheit der Reichen zu verstärken. Er basiert jedoch auf dem Blut der Armen. Der Mehrwert, den die Wohlhabenden für sich abschöpfen, läuft auf einen vorzeitigen Tod für diejenigen hinaus, die praktisch in der Gesellschaft weder Stimme noch Entfaltungsmöglichkeit haben. So ist es zu widersprüchlichen Situationen gekommen. In Mali z. B. erreichte die Produktion vorher nie erlebte Höhen. Gleichzeitig aber ist der Hunger der Bevölkerung größer als je. Der Arbeiter produziert kaum so viel, um die Schuld bezahlen zu können. Dies macht die Armen zu Opfern. So wie früher die Erstgeborenen dem Moloch geopfert wurden, so opfert man heute das Leben der Armen dem Mammon. Die Schuldzinsen stellen heute etwas dar, das unweigerlich zu zahlen ist, so wie das Tabu nie gebrochen werden darf.

Das Paradox steigert sich ins Tragische, wenn man sich bewußt ist, daß in Wirklichkeit das Guthaben nicht den Reichen zusteht. Diese haben sich die von den Armen produzierten Werte angeeignet. Im Grunde sind es die Armen, denen etwas zurückgezahlt werden müßte. Nicht nur deswegen, weil die Gerechtigkeit das erheischt, sondern auch deshalb, weil sie diejenigen gewesen sind, die mit ihrem Leben, mit der ungerechtfertigten Hinopferung ihrer selbst den Reichtum ihrer Unterdrücker mehrten.

<sup>1</sup> Celso Furtado, *Prefácio à Nova Economia Política* (Ed. Paz e Terra, Rio de Janeiro 1976) 32–33. In diesem Werk definiert Furtado den Kapitalismus als «ein sozio-politisches Gebilde, eine Machtstruktur, welche diejenigen gesellschaftlichen Beziehungen auferlegt, worin der Überschuß leichter zum Kapital wird» (S. 37).

<sup>2</sup> Vgl. E. J. Hobsbawn, *Industry and Empire* (Pelican, London 1968).

<sup>3</sup> Celso Furtado, aaO, 54–55.

<sup>4</sup> The Brandt Commission, *North – South: A Programme for Survival* (Pan Books, London and Sydney 1980) 36. Deutsche Ausgabe: *Das Überleben sichern. Gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer. Bericht der Nord-Süd-Kommission. Mit einer Einleitung des Vorsitzenden Willy Brandt* (Kiepenheuer & Witsch, Köln 1980).

<sup>5</sup> F. Froeble, J. Heinrichs, O. Kreye and O. Sunkel, *The Internationalization of Capital and Labour* (Sternberg: Max Planck Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt; 1973) 12–13.

<sup>6</sup> Rudolf H. Strahm, *Pays Industrialisés – Pays Sous-développés* (Ed. de la Baconnière, Neuchâtel 1974) 18–19.

<sup>7</sup> Samuel Parmar, *Some Implications of a Global Vision: In the Setting of Unctad II*, in: Denys Munby (Hg.), *World*

*Development: A Challenge for the Churches* (Corpus Books, Washington and Cleveland 1969) 101.

<sup>8</sup> Ebd. 101.

<sup>9</sup> Rudolf H. Strahm, aaO. 76–79.

<sup>10</sup> Pierre Jalée, *Le Pillage du Tiers Monde* (Maspero, Paris 1954) 38.

<sup>11</sup> Kwame Nkrumah, *Neo-Colonialism as the last stage of Imperialism* (Ghana Press, Ghana 1965).

<sup>12</sup> James O'Connor, *The Meaning of Economic Imperialism*, in: K. T. Babb and Donald C. Hodges (Hgg.), *Readings in U. S. Imperialism* (Porter Sargent, Boston 1971) 40.

<sup>13</sup> Theresa Hayter, *Aid as Imperialism* (Penguin Books, Mardmonsworth 1971) 5.

<sup>14</sup> Samuel Lichtensztejn, *De la Crisis del Sistema Financiero Internacional. Condiciones Generales e Implicaciones sobre América Latina* (= *Economía de América Latina*, Bd. 5, 1980) 72.

<sup>15</sup> Joelmir Betting, *O Juro é Tabu: Folha de São Paulo* 19/12/1985.

JULIO DE SANTA ANA

1934 in Montevideo, Uruguay, geboren. Studium der Theologie in Buenos Aires und Straßburg. Dort 1962 Doktorat in Religionswissenschaften. Seit 1963 an der ökumenischen Bewegung in Lateinamerika beteiligt, wo er 1963–1968 Direktor des Centro de Estudios Cristianos del Rio de la Plata und später (1960–1972) Generalsekretär der Bewegung Iglesia y Sociedad en Latinoamérica (ISAL) war. 1972 übernahm er die Leitung des «Departamento de Extensión Cultural» der Universität Montevideo. Aus politischen Gründen war er

gezwungen, ins Exil zu gehen. Dies führte ihn zur Mitarbeit in der Kommission des Ökumenischen Rates der Kirchen für die Beteiligung der Kirchen an der Entwicklung, deren Direktor er 1979–1982 war. Seit 1983 ist er Kodirektor des «Ökumenischen Zentrums für Dienste der Evangelisierung und Volksbildung (CESEP) in São Paulo, Brasilien. Veröffentlichungen u. a.: Cristianismo sin Religión; Protestantismo, Cultura y Sociedad en América Latina; Good News to the Poor; Por las Sendas del Mundo – En Camino del Reino, Vino y Amistad. Anschrift: CESEP, Rua Martiniano de Carvalho, 114, Caixa Postal 65031, 01321 Bela Vista – São Paulo-Capital, Brasilien.

John Kavanaugh

Die Welt des Reichtums und die Götter des Reichtums

*Ihre Götzen aber sind Silber und Gold,  
gebildet von Menschenhand.  
Sie haben einen Mund und können nicht  
reden,  
sie haben Augen und sehen nicht.  
Sie haben Ohren und können nicht hören, ...  
sie haben Hände und können nicht greifen ...  
Ihnen gleichen, die sie gebildet,  
und jeder, der ihnen vertraut (Ps 115).*

Das große Paradox, das in der Bestimmung der Identität eines Menschen aufgrund seines Reichtums liegt, zeichnet letztlich alle Phänomene der Vergötterung aus: Indem wir unseren Produkten, unseren Göttern aus Silber und Gold, die eigene Person überantworten, werden wir ihnen gleich, gewissermaßen neu geschaffen nach ihrem Ebenbild. Unseres Personseins und menschlichen Empfindungsvermögens beraubt, verlieren wir unsere Vision. Wir werden sprachlos, unfähig, uns über das Leben und die Liebe auszusprechen. Wir vermögen den anderen nicht mehr anzurühren und zu nichts mehr zu bewe-

gen. Bestenfalls klammern wir uns aneinander, beobachten und werden beobachtet, dem Götzen, den wir anbeten, auf sklavischer Weise zugehörig. Den Reichtum zum Gott erheben heißt, spröde, reizbar und kalt zu werden, einem Gegenstand ähnlich, unverletzlich, unzugänglich, unempfindlich, leblos.

Es trifft zu, daß materielle Sicherheiten nicht die einzigen Objekte der Götzenverehrung sind. Man kann auch nach einer spirituellen Selbstgerechtigkeit verlangen oder eine Ideologie oder Partei anbeten wollen; man kann seine Knie vor dem Staat beugen oder an die Stelle der kirchlichen Mächte eine göttliche Vollmacht setzen. Die Götzenverehrung beschränkt sich nicht ausschließlich auf den materiellen Reichtum eines einzelnen Individuums oder auf die übermäßig verwöhnten Nationen der nördlichen Hemisphäre. Die Sünde ist nicht von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Kategorie abhängig.

Da man jedoch von seiner eigenen Sünde und Tugend am ehesten vollständig und zuverlässig berichten kann, wird sich dieser Artikel in seiner kritischen Besprechung auf jene Götzen des Reichtums beschränken, die in den Vereinigten Staaten anzutreffen sind. Im übrigen möchte ich es dem Leser überlassen, das vorgetragene Beispiel für Götzendienst selbst auf sein soziales und kulturelles Umfeld zu beziehen.

Im Hinblick auf mein eigenes Land – eine Nation, die anerkanntermaßen auf vielfältige Weise gesegnet ist – ist zuzugeben, daß »von Menschenhand geschaffene Produkte« als anbe-